

## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 19. Juni 2025

**Martin Habersaat**

### **Zeitspiel auf Kosten der Jüngsten**

**TOP 19: Erkenntnisse aus Schuleingangsuntersuchungen für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine stärkere Förderung der Kindergesundheit nutzen (Drs. 20/3297)**

"Was die Günther-Regierung rund um die Schuleingangsuntersuchungen liefert, ist ein Zeitspiel auf Kosten der Jüngsten.

Während in Hamburg seit vielen Jahren alle Vierjährigen Kinder zum Screening eingeladen werden und bei Bedarf verbindliche Förderangebote bekommen, brauchte die Günther-Regierung Jahre, um so eine Einladung jetzt für einen winzigen Bruchteil dieser Altersgruppe zu starten.

Während andere Länder sich auf die Kinder konzentrieren, die keine Kita besuchen, bleibt genau diese Gruppe in Schleswig-Holstein zunächst unberücksichtigt.

Nicht einmal die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen werden zügig ausgewertet. Von schnellen Konsequenzen aus solchen Ergebnissen ganz zu schweigen...

Nicht weniger als drei Ministerien der Günther-Regierung rühren im Brei herum, was zu Verzögerungen und organisierter Verantwortungslosigkeit führt. Bis jetzt musste man auf den Bericht zum Untersuchungszeitraum 2022/23 warten. Auch im Zeitraum 2024/25 werden nicht alle betroffenen Kinder untersucht werden. Ein Trauerspiel.

In der statistisch am häufigsten vorkommenden Familie in Schleswig-Holstein kümmern sich beide Elternteile (82,2 Prozent) um zwei Kinder.

Eines der Elternteile hat in 59,5 Prozent der Fälle das Abitur, in 68,5 Prozent der Fälle haben die Eltern keine Migrationsbiografie.

In 59,2 Prozent der Familien arbeitet ein Elternteil in Vollzeit und eines in Teilzeit. 12,9 % der Eltern sind alleinerziehend.

Die Anteile der Kinder, die in ihrer Familie überwiegend mit einer anderen Sprache oder zweisprachig aufwachsen, haben sich über die letzten Jahre erhöht.

Dem Bericht über das Untersuchungsjahr 2022/23 ist zu entnehmen, was auch bisher feststellbar ist: in der Untersuchung 2024/25, die noch bis zum Juli andauert, zeichnen sich folgende Auffälligkeiten ab: hoher Medienkonsum, geringere grobmotorische Kompetenz und sinkende Sprachkompetenz. Außerdem gebe es hohen Beratungsbedarf der Eltern.

Mögliche Maßnahmen wären:

- Mehr Sprachförderung in der Kita und für Kinder, die keine Kita besuchen.

Leider geht der Trend im Kita-Gesetz der Günther-Regierung zu weniger Fachkräften, leider fehlen Bemühungen, möglichst allen Kindern den Besuch einer Kita zu ermöglichen

- Intensivere Elternarbeit, beispielsweise in Familienzentren.

Leider wurde die 2014 eingeführte Förderung von Familienzentren von der Günther-Regierung nicht bedarfsgerecht weiterentwickelt

- Medienbildung in Kita und Grundschule auch für Eltern.

Die von der Günther-Regierung angestoßene Diskussion über Handyverbote greift zu kurz.

- Insgesamt erhielten im Untersuchungsjahr 2022/23 knapp 8,0 % aller untersuchten Kinder eine Empfehlung für eine DaZ-Klasse. Das dürften eher mehr als weniger geworden sein.

Es bleibt unverantwortlich von der Günther-Regierung, ausgerechnet bei den DaZ-Klassen zu sparen und gerade hier die Lerngruppen zu vergrößern.

- Immer mehr Kinder, vor allem Jungs, kommen mit Verhaltensauffälligkeiten in die Schule.

Trotzdem hat sich die Günther-Regierung weder um landesweite Standards oder einen Schlüssel für die Schulsozialarbeit bemüht, noch deren Stellenausstattung anhand einer landesweiten Bedarfsplanung angepasst. Es gibt immer noch Schulen ohne sozialpädagogisches Angebot.

Und mehr noch: Die Landesverordnung über die schulärztlichen Aufgaben tritt in 42 Tagen außer Kraft. Bisher gab es aber weder eine Unterrichtung über einen neuen Verordnungsentwurf an das Parlament, noch hörte ich von kommunaler Seite von einer Anhörung dazu.

Ich frage Sie – nicht rhetorisch, sondern mit allem Ernst und aller Sorge: Wie stellen Sie als Landesregierung die reibungslose und flächendeckende Schuleingangsuntersuchung der Einschulkinder für das kommende Jahr sicher?

Hier müsste ansetzen, wer die Zahl der Kinder ohne Schulabschluss drastisch reduzieren will. Bundesbildungsministerin Prien hat eine Halbierung als Ziel vorgegeben. Landesbildungsministerin Prien in der Günther-Regierung hatte eine Entwicklung in die gegenteilige Richtung zu verantworten gehabt.

Heute möchten wir Sie bitten, konkret vier Maßnahmen zu veranlassen und die Landesregierung entsprechend zu beauftragen:

1. Alle Eltern sind verpflichtet, ihr Kind zur Schuleingangsuntersuchung vorzustellen. Sorgen Sie dafür, dass diese Untersuchung endlich wieder flächendeckend stattfinden.
2. Im Frühjahr 2025 die Ergebnisse von 2022/23 zu veröffentlichen, ist schlicht zu spät. Das geht mit Sicherheit schneller.
3. Wenn wir mit den Ergebnissen arbeiten wollen, müssen sich aus Maßnahmen daraus ableiten. Legen Sie dem Landtag zusammen mit den Ergebnissen auch Vorschläge für Maßnahmen vor.
4. Berücksichtigen Sie besonders die Kinder in besonderen Risikolagen. An den Startchancenschulen passiert das. Aber es gibt bisher nur 135 Startchancen-Schulen in Schleswig-Holstein, während es Kinder in besonderen Risikolagen im ganzen Land gibt.“